

## **Christliche Unterstützer der AfD**

### Milieus, Schnittmengen, Allianzen

Wer nach sich christlich verstehenden Unterstützerkreisen der AfD fragt, muss, so scheint es, nicht lange suchen. Zu finden sind sie zum einen direkt in der AfD, offen ersichtlich im Bündnis »Christen in der AfD« (einige davon sind zugleich auch in der »Patriotischen Plattform«). Zum anderen schreiben christliche AfD-Sympathisanten und -Sympathisantinnen gerne werbend in privaten, sich christlich verstehenden Internetmedien oder Blogs wie etwa »kath.net« oder »charismatismus.wordpress.com«, und auch die der Deutschen Evangelischen Allianz nahestehende Nachrichtenagentur »idea e.V.« warb mit einem Porträt von Beatrix von Storch auf der Umschlagaußenseite der anlässlich des Katholikentags in Regensburg 2014 erschienenen Ausgabe von »idea spektrum«. <sup>60</sup> Medial für die AfD engagieren sich extrem konservative Christ/innen, vornehmlich aus evangelikalen oder den katholischen Traditionalismus schätzenden religiösen Milieus; diejenigen, die im Internet durch Artikel, Blogs und Kommentare sichtbar werden, gehören zumeist zur gebildeten Mittelschicht. Ein recht offensichtlicher thematischer Berührungspunkt mit Rechtspopulist/innen ist die Ablehnung des Islam durch bestimmte christlich-fundamentalistische Kreise. Sehr viel diffiziler ist es dagegen, AfD-Nähen und politische Strategien dort zu erkennen, wo man es scheinbar mit Familien- oder Lebensschutzinitiativen zu tun hat, mit einem

Netzwerk christlicher Initiativen oder Bürgerbewegungen, die zudem mit der Bitte um Unterstützung auf kirchliche Leitungspersonen zugehen.

## **Katholische Wahlwerbung für die AfD**

Als Werbetroddel für die AfD im katholischen Raum fungiert die private Internetseite »kath.net« aus Linz. Seit dem 29. Mai 2013 bis zum 22. Juli 2016 erscheinen dort, zunächst kampagnenartig, etwa vor Wahlen, inzwischen mit Regelmäßigkeit, rund 190 Artikel über die beziehungsweise unter Erwähnung der AfD, 97 davon seit Jahresbeginn 2016. Ausschlaggebender als die Menge ist die Auswahl der Meldungen, die zumeist mit explizit positiv-sympathisierendem Unterton berichten. Im Spiegel der kath.net-Berichterstattung erscheint die AfD aufgrund ihrer »islamkritischen« Haltung und ihrer familienpolitischen Positionen als christliche Alternative zu allen anderen Parteien, als eine ungerechtfertigtermaßen und böswillig als »rechts« verleumdete Partei und als Opfer sie ausgrenzender Kirchen und gesellschaftlicher Gruppen. Besondere Sympathie als christliche Hoffnungsträgerin genießt die protestantische EU-Parlamentarierin Beatrix von Storch.<sup>61</sup>

Explizit AfD-kritische Artikel finden sich nicht. Die zahlreichen völkischen, flüchtlings- und fremdenfeindlichen Äußerungen aus den Reihen der AfD finden entweder keine Erwähnung oder werden gerechtfertigt. Von der »Katholischen Nachrichten-Agentur« übernommene Meldungen mit AfD-kritischem Potenzial werden, so zeigt die Analyse der Kommentarspalten, von kath.net-Leser/innen aufgrund ihrer politischen Vorprägung eher kirchen-, staats- oder justizkritisch interpretiert.<sup>62</sup>

Im August 2013, vor der Bundestags- und der sächsischen Landtagswahl, unterstützte »kath.net« die AfD mit einer Artikelkampagne, die sich von Storchs Vorwürfe der »Wahleinmischung« und des »Amtsmissbrauchs« gegen den damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, zu eigen machte – Vorwürfe, die später noch mehrfach gegen andere katholische wie evangelische Bischöfe und Bischöfinnen und Theologen und Theologinnen erhoben wurden.<sup>63</sup> Dass dasselbe Internetmedium und sein regelmäßiger Autor Weihbischof Andreas Laun Wahlempfehlungen für die AfD ebenso wie für die FPÖ aussprechen, sei hier nur am Rande erwähnt; die Vorwürfe gegen Zollitsch gehören offenbar zur Strategie, bei anderen das zu kritisieren, was man selbst tut, um sich selbst als Opfer darzustellen, das sich nur wehrt.

Auch nach der Spaltung der AfD und dem Austritt Bernd Luckes im Sommer 2015 blieb »kath.net« der Partei nicht nur treu, sondern intensivierte die Berichterstattung, zumal die »Christen in der AfD« den Rechtsruck gutheißten.<sup>64</sup> Eine weitere umfangreiche Unterstützungskampagne durch »kath.net« erfuhr die AfD im Frühjahr 2016 angesichts ihrer Nichteinladung zum Katholikentag in Leipzig. Doch auch unabhängig davon intensivierte »kath.net« seine Positivberichterstattung 2016 deutlich, unter anderem durch aktuelle Berichterstattung zum Parteitag Anfang Mai 2016.

## **Das virtuelle politische Kampagnennetzwerk der von Storchs**

Bereits vor und auch durchgängig neben ihrem explizit parteipolitischen Engagement in der AfD war und ist Beatrix von

Storch außerparteilich politisch aktiv über zahlreiche als eingetragene Vereine gegründete Initiativen, die vor allem in Form von Internetpräsenzen agieren. Einige davon wirken in die Kirchen hinein und finden dort zum Teil bischöfliche Unterstützung, denn sie erscheinen wie parteipolitisch unabhängige, christlich inspirierte Interessenverbände, denen Familien- und Lebensschutz am Herzen liegen, so zum Beispiel Familien-Schutz.de, Entscheidung-fuers-leben.de sowie die von Hedwig von Beverfoerde, Katholikin und CDU-Mitglied, verantwortete »Demo für alle«, die bis Frühsommer 2015 über die Initiative Familien-Schutz.de organisiert wurde. Auch die deutsche Sektion der europäischen Bürgerinitiative »One fo us« (1-von-uns.de) wird von Hedwig von Beverfoerde als Nationaler Sprecherin in Kooperation mit Beatrix und Sven von Storch (Vorstand/Geschäftsführender Vorstand) geleitet.<sup>65</sup>

Deutlicher zeigt sich die politische Zielrichtung bei anderen Storch'schen Initiativen. Eine der ersten Vereinsgründungen der von Storchs war die »Allianz für den Rechtsstaat e.V.«, die sich, anders als ihr Name und das Motto »Menschenrechte, Demokratie, Gewaltenteilung« nahelegen, monothematisch für die Rückgabe des in der DDR enteigneten Großgrundbesitzes einsetzt und in diesem Zusammenhang die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland in Zweifel zieht. Die ebenfalls vom Ehepaar von Storch geleitete »Zivile Koalition e.V.« widmet sich dem Kampf gegen den Europäischen Rettungsschirm ESM, für neoliberale und marktradikale Positionen und agiert EU-skeptisch; ihre sieben Gründungsmitglieder sind laut Recherchen Henrik Ankenbrands (Frankfurter Allgemeine Zeitung) allesamt Familienangehörige der Storchs.<sup>66</sup> Laut Eigendarstellung ist die Zivile Koalition im März 2013 unmittelbar mit der Gründung der AfD verbunden: »Eine Veranstaltung im

hessischen Oberursel bei Frankfurt, zu der die Zivile Koalition mobilisiert, wird zur Initialzündung und Auftaktveranstaltung für die Gründung der neuen Partei ›Alternative für Deutschland‹<sup>67</sup> verkündet die Internetseite mit sichtlichem Stolz. Trotz dieser unbestreitbaren Nähe zur AfD beansprucht der Verein für sich, »ein Zusammenschluss von Bürgern« und »eine wirtschaftlich unabhängige, überparteiliche (...) Organisation« zu sein, »die den vielen engagierten Einzelnen aus der Zivilgesellschaft eine gemeinsame Stimme gibt«<sup>68</sup>.

Weitere Internetplattformen werden von Sven von Storch, der sich als »Leiter und Berater für Pressure Groups in Deutschland«<sup>69</sup> bezeichnet, über sein (virtuelles) »Institut für Strategische Studien Berlin e.V. ISSB« betrieben und haben ausdrücklich das Ziel, Einfluss beziehungsweise Druck auf Politiker, Politikerinnen und politische Institutionen auszuüben. Die Namen und Aufmachungen von »Abgeordneten-Check.de«, »eucheck.org« und »civilpetition.de« sind den Aktionsplattformen »abgeordnetenwatch.de« und »openpetition.de«, die sich an der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (Transparency International Deutschland e.V.) beteiligen, sicherlich nicht zufällig zum Verwechseln ähnlich. Im Unterschied zu offenen Petitionsplattformen, die allen Bürgern und Bürgerinnen das Starten einer Petition ermöglichen, lassen sich auf den von Sven von Storch betriebenen Seiten allerdings nur dessen eigene Kampagnen unterzeichnen. So suggerieren sie ein basisdemokratisches zivilgesellschaftliches Engagement und Bürgerbewegungen, wo tatsächlich ein einzelner Lobbyist quasi hauptberuflich politisch agiert.<sup>70</sup> Die Kampagnen von »Civilpetition.de« und »Abgeordneten-Check.de« unterstützt auch die Storch'sche Internetseite »Buergerrecht-direkte-demokratie.de«. Die Internetzeitung »Freie Welt«, ebenfalls von

Sven von Storch verantwortet, ergänzt die politische Arbeit journalistisch und verschafft den Storch'schen Initiativen Öffentlichkeit.

### **Das Erzeugen einer Parallelgesellschaft mittels »Kunstrasenbewegung«**

In doppelter Weise erzeugen die Internetaktivitäten der von Storchs den Eindruck von Masse. Begrifflichkeiten wie »Allianz«, (Bürger-)»Konvent« oder »Koalition« lassen sprachlich bereits für sich genommen einen demokratischen Zusammenschluss von Bürgern und Bürgerinnen oder Bürgerinitiativen vermuten. Die Vielzahl der Internetplattformen potenziert diesen Eindruck von Masse noch, und es scheint zudem, als würden viele unterschiedliche bürgerschaftlich engagierte Menschen dieselben Missstände wahrnehmen und anprangern – zumindest solange man sich nicht die Mühe macht, auf Namen in Impresen und Beiräten zu achten, die (sofern noch einsehbar) die immer gleichen Akteure offenbaren.<sup>71</sup> Doch im Unterschied zu einer echten Graswurzelbewegung mit vielen überzeugten Einzelnen, die sich zusammenschließen, haben wir es hier mit einer virtuell vorgetäuschten »Kunstrasenbewegung« zu tun.

Unter der Behauptung, Stimme der schweigenden Mehrheit zu sein, wird auf diese Weise gezielt Stimmung erzeugt. Wer überwiegend oder ausschließlich diese Internetseiten und die mit ihnen verbündeten Medien liest, wird für davon abweichende Informationen immer weniger zugänglich und gerät mental in eine Parallelwelt. Dies kann sich, wie Pegida- und AfD-Demonstrationen zeigen, auch außerhalb des Internets zu einer regelrechten »Parallelgesellschaft« verfestigen, die sich einer konstruktiven Kommunikation mit der Mehrheitsgesell-

schaft verweigert. Bestimmte christliche Medien wie zum Beispiel »kath.net« sind an der ideologischen Verfestigung einer solchen rechtspopulistisch gesinnten »Parallelgesellschaft« tatkräftig beteiligt.

### **Schnittstellen in den kirchlichen Raum als rechtsintellektuelle Strategie**

Mit Hilfe ihrer virtuellen Aktivitäten sollen, wie Beatrix von Storch am 25. Februar 2015 im kath.net-Interview erklärt, Menschen jenseits parteipolitischer Zusammenhänge erreicht werden.<sup>72</sup> Tatsächlich gelingt es rechtspopulistischen Akteuren über familienbezogene Themen, Menschen der bürgerlichen Mitte emotional anzusprechen und sogar dort in den allgemein-christlichen wie institutionell-kirchlichen Raum hineinzuwirken, wo Islamisierungängste nicht verfangen und Fremdenfeindlichkeit ausdrücklich zurückgewiesen wird.

Aktivitäten dieser Art entsprechen der in der intellektuellen Neuen Rechten propagierten Strategie, vor jeder rechten Parteigründung zuerst den »vorpolitischen Raum« einzunehmen mit dem Ziel, in möglichst weiten Teilen der Bevölkerung Diskurshoheit zu erlangen. Oder wie es 2007 das rechtsintellektuelle Studentenmagazin »Blaue Narzisse« im Interview mit dem neurechten Netzwerker André F. Lichtschlag, Herausgeber des marktradikal-sozialdarwinistischen Magazins »eigentümlich frei«, formulierte: »Unser Potenzial muss erst einmal im vorpolitischen Raum reifen und weiter wachsen«<sup>73</sup> – nämlich über unterschiedliche, miteinander vernetzte Personen und Medien. Dies geschah seit Ende der Neunzigerjahre im Internet, auch auf sich christlich verstehenden Websites, lange bevor sich 2013 die AfD gründete und bevor im Herbst 2014 Pegida auf der Straße sichtbar wurde.

Neben den Bemühungen um Diskurshoheit in bürgerlichen und kirchlichen Milieus und dem damit einhergehenden bürgerlich-christlichen Erscheinungsbild steht die Vernetzungsarbeit innerhalb extrem rechter Milieus. Mit Lichtschlag vernetzt und in wirtschaftspolitischen Fragen d'accord ist Beatrix von Storch, unter anderem als Autorin seines Magazins.<sup>74</sup> Zu den engen politischen Beratern der AfD gehört neben anderen der rechtsintellektuelle Ideologe Götz Kubitschek, Leiter der neu-rechten Denkfabrik »Institut für Staatspolitik« und Herausgeber des Theoriemagazins »Sezession«, der nationale und internationale Vernetzungsarbeit ins extrem rechte Spektrum leistet und unter anderem mit der »Identitären Bewegung« oder mit Jürgen Elsässer eng zusammenarbeitet.<sup>75</sup>

## **Mit »Familienschutz« Kirchenvertreter für die AfD gewinnen?**

### **Das Verhältnis der »Demo für alle« zur AfD**

Die fast ausschließlich in Stuttgart stattfindende »Demo für alle«, initiiert im Frühjahr 2014 im Kontext der Petition gegen den baden-württembergischen »Bildungsplan 2015« nach dem Vorbild der gleichnamigen französischen »La Manif pour Tours«, präsentiert sich als parteiübergreifende Veranstaltung mit Rednern und Rednerinnen auch aus CDL, CDU/CSU und Kirchen – unter regelmäßiger Beteiligung von AfD-Politikern und Politikerinnen. Christlich-kirchlicherseits sprachen dort neben dem Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz Hartmut Steeb, dem Vorsitzenden des Forums Deutscher Katholiken Prof. Dr. Hubert Gindert und dem emeritierten katholischen Sozialethiker Prof. Dr. Manfred Spieker



auch die amtierende Geschäftsführerin des päpstlichen Hilfswerks »Kirche in Not« (KIN), Karin Maria Fenbert, sowie der Salzburger Weihbischof Andreas Laun, der unter anderem als kath.net-Autor aktiv ist und schon häufiger durch scharfe Wortwahl gegen Andersdenkende und durch seine Wahlempfehlung für die FPÖ von sich reden machte.<sup>76</sup>

Organisatorin der Demos ist Hedwig von Beverfoerde, die 2014 als langjährige Sprecherin der Initiative Familien-Schutz diese Arbeit als eines von mehreren Kooperationsprojekten mit Beatrix und Sven von Storch begann (neben »1-von-uns« als weiterem gemeinsamen Projekt war und ist Beverfoerde Mitglied in mehreren Beiräten der von den Storchs getragenen Vereine).<sup>77</sup> Inhaltliche Ziele sind die privilegierte Exklusivstellung der traditionellen Familie gegenüber allen anderen familialen Lebensformen sowie der Kampf gegen Gender Mainstreaming, das entgegen seiner eigentlichen Bedeutung als »Infragestellung der natürlichen Geschlechter und Familienbilder« bezeichnet und als »Indoktrination« abgelehnt wird.<sup>78</sup>

Inhaltliche Garantin dessen, wogegen die »Demo für alle« eintritt und was sie mit den Kunstworten »Genderismus« und »Gender-Ideologie« umreißt, ist Gabriele Kuby.<sup>79</sup> Kuby sowie die inhaltlich in deren Fußspuren wandelnde Birgit Kelle sind Rednerinnen und zentrale Ideengeberinnen der Demos. Beide arbeiten auch als Autorinnen für einschlägige Medien.<sup>80</sup>

Zwar weist von Beverfoerde die saloppe Medien-Formulierung, die Demo sei eine »AfD-Veranstaltung«, zurück,<sup>81</sup> doch waren die Demos bislang durchgängig mit ein, teilweise zwei Redner/innen der AfD beziehungsweise ihrer radikaleren Jugendorganisation »Junge Alternative« (JA) bestückt. So sprachen der AfD-Europaabgeordnete und Landessprecher der AfD in Baden-Württemberg Bernd Kölmel, die Bundesspreche-

rin der »Christen in der AfD« Anette Schultner, AfD-Mitglied Lukas Kuhs, die JA-Mitglieder Anna Schupeck (jetzt ALFA), Andreas Schumacher sowie Markus Frohnmaier, heute Pressesprecher von Frauke Petry, der zuletzt durch markige Sprüche und den Verdacht auf eine frühere Mitgliedschaft in der »German Defence League« auffiel.<sup>82</sup> Wurden anfänglich die Demos noch mit Hinweis auch auf ihre AfD-Redner und Rednerinnen beworben,<sup>83</sup> so sind diese seit 2015 nur über die Rubrik »Videos« des Demo-Weblogs beziehungsweise über Mitschnitte der Demos auf »Youtube« zu ermitteln. Am 28. Februar 2016 schien erstmalig kein AfD-Mitglied auf der Tribüne zu stehen, jedoch ist die als »Mutter von zehn Kindern« angekündigte Rednerin Ingrid Kuhs nicht nur Ehefrau beziehungsweise Mutter der AfD-Politiker Joachim und Lukas Kuhs, sondern bewirbt auch selbst die AfD inklusive deren extrem rechter »Patriotischer Plattform« auf ihrer eigenen Facebook-Seite.<sup>84</sup>

Durch die Auswahl von Rednern wie Frohnmaier stellt die Demo einen Kontakt nicht nur zu bürgerlich-gemäßigten Mitgliedern in der AfD her, sondern auch ins extrem rechte Lager. Dass die beiden Lager gar nicht immer säuberlich voneinander zu trennen sind, zeigt sich, wenn etwa ein bibeltreuer älterer Herr und zehnfacher Vater wie der AfD-Politiker Joachim Kuhs sowohl bei den »Christen in der AfD« leitend engagiert ist als auch in der extremen »Patriotischen Plattform«, die wiederum eine positive Haltung zur »Identitären Bewegung« hat.<sup>85</sup> Vor dem Hintergrund solcher Doppelmitgliedschaften dürfte es sich bei der mehrfachen Beteiligung der von verschiedenen Verfassungsschutzämtern als rechtsextremistisch eingestuften Identitären an »Demos für alle« kaum um unbemerkte unerwünschte Unterwanderungen handeln.<sup>86</sup> Wenn sich Kirchenvertreter und -vertreterinnen zu Kooperationen mit der »Demo für alle« ein-

laden lassen, führt dies bisweilen zu der bizarren Situation, dass eine Demo durch das (verlesene) Grußwort eines ortsansässigen Weihbischofs miteröffnet und zugleich durch eine größere Gruppe Anhänger der »Identitären Bewegung« begleitet wird.

### **Wahl- und Imageunterstützung der AfD durch eine überparteiliche Demo**

Auf der Grundlage ihrer Rednerlisten stellen sich die »Demos für alle« ausdrücklich nicht einfach als »AfD-Veranstaltung« dar. Vielmehr versuchen sie über die Familienthematik eine Zusammenführung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere kirchlicher Persönlichkeiten mit Politikern und Politikerinnen der AfD. Strategisches Ziel dürfte sein, die Akzeptanz der AfD in christlich-kirchlichen Kreisen zu erhöhen und eine mentale Normalitätsverschiebung in Richtung rigiden und autoritären Denkens in Teilen der Gesellschaft zu bewirken.

Gerade durch die parteiübergreifende Zusammenarbeit mit Vertreter/innen aus CDU und Kirchen wird das bürgerliche Image der baden-württembergischen AfD wesentlich stärker gefördert, als dies durch eine reine »AfD-Veranstaltung« je möglich wäre. Dadurch erfüllt nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Andersartigkeit die Stuttgarter »Demo für alle« in Bezug auf die Wahlerfolge der AfD in Baden-Württemberg eine ähnliche werbend Funktion, wie dies in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt die völkischen Auftritte Björn Höckes tun. So sehr im Osten Deutschlands offenbar ein völkisch-fremdenfeindliches Auftreten Wählerstimmen für die AfD gewinnt, so sehr tut dies im Südwesten ein moderat-bürgerliches und kirchennahes.

## Perspektiven für den kirchlichen Umgang

Recht subtil und schwer zu durchschauen ist das Vorgehen rechter Netzwerke, wenn über die Themen Familie und Lebensschutz Kontakte zu offiziellen Vertreter und Vertreterinnen der Kirchen aufgebaut werden. Wie am Beispiel der »Demo für alle« gesehen, kann dies über Personen geschehen, die sich als dezidiert christlich verstehen und gegebenenfalls sogar einer anderen Partei als der AfD angehören (wie etwa Beverfoerde oder Kelle). Dass es Menschen gibt, die sich aufgrund ihres spezifischen christlichen Selbstverständnisses in rechtspopulistischen Parteien, unter Umständen sogar in deren »Patriotischen Plattformen« engagieren, lässt sich nicht verhindern, fordert jedoch kirchlicherseits zur Auseinandersetzung mit solcherlei Christentumsverständnissen heraus. Von grundlegender Bedeutung ist die Frage, wie offizielle Kirchenvertreter und -vertreterinnen damit umgehen, von rechtspopulistisch vernetzten Initiativen umworben und zur Beteiligung aufgefordert zu werden.

Familien- und Lebensschutzveranstaltungen mit Nähen zu AfD und anderen rechtspopulistischen Gruppen (auch durch personelle Überschneidungen) erweisen sich aus mehreren Gründen als problematisch: Sie sind in vielen (nicht notwendigerweise allen) der gehaltenen Reden und in zahlreichen Kommentaräußerungen von Teilnehmern und Teilnehmerinnen unmittelbar von ideologischen Verzerrungen der Wirklichkeit sowie von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, vor allem gegenüber homo-, trans- und intersexuellen Menschen, geprägt, was kirchlicher Verkündigung nicht angemessen ist. Zum Zweiten stellt, wie aufgezeigt, eine Unterstützung AfD-naher Kampagnen immer auch eine Unterstützung der AfD insgesamt dar, sodass Kirchenvertreter und -vertreterinnen deren islam- und fremdenfeindliche, völ-

kisch-nationalistische, gegebenenfalls autoritär-undemokratische Positionen »mitkaufen«, wenn sie familienbezogene Aktionen unterstützen. Schließlich begeben sich kirchliche Vertreter und Vertreterinnen auf AfD-nahen Veranstaltungen in einen Veranstaltungsrahmen, der trotz augenscheinlicher Bürgerlichkeit fließende Übergänge bis ins rechtsextreme Lager umfasst. Aufgrund der nicht nur bei der AfD zu beobachtenden Ausnutzung der Familien- und Lebensschutzthematik durch Rechtspopulisten und sogar Rechtsextreme<sup>87</sup> muss christlich-kirchlicher Lebens- und Familienschutz sich anbietende Kooperationspartner und -partnerinnen zunehmend kritisch prüfen, unter Umständen sogar direkt und öffentlich begründet zurückweisen. Und er muss neue Wege finden, die Werte des Evangeliums positiv werbend in gesellschaftliche und politische Diskussionen einzubringen und sich auf diese Weise grundlegend von der menschenfeindlichen Rhetorik rechter Kreise abzusetzen.

Noch subtiler und in seinen Vernetzungen schwieriger zu beurteilen ist der Einfluss rechtspopulistischer Personen und etwa auch Parteien auf die europäische Bürgerinitiative »One of us«, deren deutsche Sektion von Hedwig von Beverfoerde als nationaler Koordinatorin und dem Ehepaar von Storch als Vorstand geleitet wird.<sup>88</sup> Wiewohl die am 11. Mai 2012 auf Italienisch registrierte Initiative keinesfalls eine »AfD-Initiative« ist, ist die deutsche Initiative »1-von-uns« eingebunden in das Storch'sche Kampagnennetzwerk; auch profiliert sich Beatrix von Storch als AfD-Europaabgeordnete maßgeblich über die Unterstützung der Initiative. Zugleich vertritt die Initiative Lebensschutzpositionen, die aus christlicher Perspektive zustimmungsfähig sind. Angesichts eines solchen Konglomerats an politischen Interessen und Vernetzungen mag die Entscheidung für oder gegen eine kirchliche Unterstützung der Initiative nicht leichtfallen.

Doch gerade wer nicht nur als christliche Privatperson, sondern als Kirchenvertreter, Kirchenvertreterin oder Person des öffentlichen kirchlichen Lebens eine solche Unterstützungsentscheidung zu treffen hat, darf vorhandene Vernetzungen zu explizit rechtspopulistischen Politikern und Politikerinnen nicht ignorieren und muss sich der gewollten wie ungewollten Wirkungen seiner Entscheidung bewusst sein.